

Betreff:

Sanierungsstau beseitigen, Schulausbau dauerhaft sichern
- Antrag der FDP-Fraktion vom 08.11.2017 -

Antragstext:

Die Wiesbadener Schullandschaft steht vor einem Sanierungsstau von rund 400 Millionen Euro; der jährliche Bedarf zur Erhaltung und zum Ausbau beziffert sich auf rund 10 Millionen Euro. Obwohl vielfach und von allen Seiten beteuert wird, dass dem Schulausbau eine hohe Priorität zugemessen wird, bleiben die bisherigen Haushaltsansätze weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Bei der Zusetzung ausreichender Mittel würde der städtische Haushalt letztlich nicht genehmigungsfähig. Während andere (Groß)Projekte über städtische Gesellschaften abgewickelt werden, deren Finanzierung sich wesentlich einfacher gestaltet, wird eine solche Lösung für den Schulbau in Wiesbaden bislang nicht in Erwägung gezogen. Diese andernorts bereits umgesetzte oder in Planung befindliche Option würde sowohl die Finanzierung als auch die schnellere Abarbeitung des Sanierungsstaus gewährleisten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu prüfen, welche Rechtsform für eine „Schulbaugesellschaft“ am geeignetsten ist. Hierbei sind Beispiele und Erfahrungen aus anderen Kommunen heranzuziehen und zu evaluieren.
2. zu prüfen, ob eine bestehende städtische Gesellschaft, mit entsprechender Rechtsform zur Übernahme von Bau und Sanierung von Schulen weiterentwickelt werden kann.
3. alles Notwendige zu veranlassen, um den gesamten Schulbau in eine geeignete, bereits bestehende städtische Gesellschaft zu überführen oder die Gründung einer solchen städtischen Gesellschaft vorzubereiten.

Wiesbaden, 08.11.2017

Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin